

»Zeit, was zu drehen?«

Konferenz mit Kontroversen und Initiativen zur Arbeitszeitverkürzung – ein Bericht von Stephan Krull*

Marx zur Lohnarbeit: Die »Arbeit« ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zur Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der »Arbeit« gefasst wird. (Über Friedrich Lists Buch »Das nationale System der politischen Ökonomie«, 1845)

Zu einem Neustart in der Diskussion und Aktion für eine radikale Verkürzung der Zeit für Lohnerwerbsarbeit hat Ende Juni eine Arbeitszeitkonferenz in Hannover aufgerufen, initiiert von attac AG ArbeitFairTeilen, AG Alternative Wirtschaftspolitik, ver.di Niedersachsen und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen. Ein Resultat der Konferenz ist auch die zwischenzeitlich entstandene Initiative »Arbeitszeitverkürzung jetzt!« Vor und während der Konferenz gab es zahlreiche Kontroversen. Den Stand der Debatte zu reflektieren ist wichtig, um Argumente und Initiativen aufzunehmen. Denn ein Neustart kann nur gelingen, wenn ein großes gesellschaftliches Bündnis daran geht, dieses dicke Brett gemeinsam zu bohren. Dick ist das Brett, weil die Mächtigen in unserem Land sehr genau um die ökonomische, gesellschaftliche und demokratische Bedeutung von Arbeitszeitverkürzung wissen, diese zum Tabu erklärt und mit allen ihnen verfügbaren Mitteln verhindern will.

Erfreulich und nicht selbstverständlich ist, dass die genannten InitiatorInnen zusammengekommen sind. Vorausgegangen war ein mehrmonatiger Verständigungsprozess, in den auch Kollegen der IG Metall einbezogen waren, die sich aber nicht zur aktiven Beteiligung durchringen konnten. Aus dem Vorbereitungsprozess ist das von dem Ökonomen Prof. Heinz-J. Bontrup (AG Alternative Wirtschaftspolitik) und dem Politologen Prof. Mohssen Massarrat (Attac AG ArbeitFairTeilen) verantwortete »Manifest« zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung und öffentliche Beschäftigung hervorgegangen. Darin wird eine kontinuierliche Arbeitszeitverkürzung hin zur 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich begründet, womit ein großer Teil der jährlich ca. 80 Milliarden Euro Kosten der Massenarbeitslosigkeit eingespart, anders verwandt bzw. verteilt werden kann.

Ermutigend auch, dass Persönlichkeiten wie Angelika Zahrt (BUND Ehrenvorsitzende), Birgit Zenker (Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung), Frigga Haug (Herausgeberin des Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus und des »Argument«), Eckart Spoo (ehemaliger dju-Vorsitzender, Ossietzky-Herausgeber) sowie viele Mitglieder von Betriebs- und Personalräten, zahlreiche GewerkschaftssekretärInnen und WissenschaftlerInnen aktiv mitgewirkt und ihre Unterstützung für das Projekt erklärt haben.

Kontroverse um Makroökonomie, betriebliche Realitäten und Bewusstsein

Die InitiatorInnen begründen das Anliegen einer radikalen Arbeitszeitverkürzung mit makroökonomischen und politischen Argumenten:

- Angesichts stagnierender bis sinkender Wachstumsraten sei Massenarbeitslosigkeit nur durch Arbeitszeitverkürzung zu überwinden.
- Nur durch Überwindung der Massenarbeitslosigkeit könne das dramatische Kräfteungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit zugunsten der Erwerbstätigen, der Erwerbslosen, der Gewerkschaften und der sozialen Verbände und Initiativen verändert werden.

Zur makroökonomischen Ebene

»Vollbeschäftigung« im Kapitalismus hat es nur in Kriegszeiten gegeben sowie in der BRD von 1960 bis 1973, also im Anschluss an die dem Krieg folgende Phase des marshallplanfinanzierten Wiederaufbaus Westdeutschlands als Schaufenster zum konkurrierenden Gesellschaftssystem – ganze 13 Jahre lang. Und selbst in dieser Zeit war die Reduzierung der Arbeitszeit (40 Stunden-/5 Tage-Woche, Urlaubsverlängerung, längere Schul- und Studienzeiten, früherer Renteneintritt) eine wesentliche Bedingung für diese Art »Vollbeschäftigung«, von der übrigens Millionen Frauen ausgeschlossen waren. Auf einen ökonomischen Nenner gebracht bedeutet dies für die aktuelle Situation, dass trotz Wachstum und Exportoffensive die Produktivitätssteigerungen zu einem sinkenden Arbeitsvolumen führen – bei immer noch wachsender Erwerbsbevölkerung (Arbeitszeitverlängerungen, zunehmende Frauenerwerbsarbeit). Die demografische Entwicklung wird diese Tendenz geringfügig abschwächen, aber keineswegs aufheben. Massenerwerbslosigkeit ist die logische Folge. Politisch bedeutet es, dass die Gewerkschaften in eine strukturell schwache Position gedrängt werden. Das »Überangebot« an Arbeitskraft führt zur Preissenkung, und es entsteht – von Bontrup anschaulich dargestellt – die Anomalie, dass viele Erwerbstätige zur Kompensation des Lohnverlustes ihre Arbeitskraft in Form von Mehrarbeit oder Zweitjobs anbieten. Das wiederum verschärft die Situation am

»Arbeitsmarkt« und verschiebt das Kräfteverhältnis weiter zugunsten des Kapitals. Solidarität muss eben erlernt werden, sie setzt sich nicht spontan durch.

Betriebliche Realitäten und Bewusstsein

Kritik an dem Projekt wird u.a. daran deutlich, dass prominente MetallgewerkschafterInnen das Memorandum 2011 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik anders als in Vorjahren nicht unterzeichnet haben. Sie machten ihre Vorbehalte vor allem daran fest, dass in dem Memorandum die Orientierung auf das Ziel einer 30-Stunden-Woche begründet wird. Auch der Arbeitszeitforscher Steffen Lehndorff war der Einladung gefolgt, seine Kritik an dem Projekt in der Tagung zu formulieren, um eine fruchtbare Debatte zu führen.

Die Kritik an der Arbeitszeitinitiative eint, dass die beschriebenen ökonomischen und politischen Argumente für zutreffend und weltfremd zugleich gehalten werden. So habe die kurze Renaissance einer Arbeitszeitverkürzung in der Krise mit zum Teil drastischem Lohnverlust bei vielen Beschäftigten eher zu einer gegenteiligen Reaktion geführt – nach dem Motto: Hoffentlich hat dieser Schrecken bald ein Ende, und wir werden wieder »normal« beschäftigt und entlohnt. Viele Menschen verdienen so wenig, dass sie sich kürzere Arbeitszeiten nicht »leisten« könnten, und umgekehrt: Viele arbeiteten so kurz und für so wenig Geld, dass sie unbedingt länger arbeiten müssten. Der Leistungsdruck in den Betrieben sei zudem so hoch, dass viele Beschäftigte, nicht nur hoch qualifizierte Angestellte, freiwillig und teils ohne zusätzliche Vergütung länger arbeiten würden; auch, um einen »guten Job« zu machen.

Hinzu kommt, dass die tariflichen und tatsächlichen Arbeitszeiten mittlerweile so differenziert und die betrieblichen Problemlagen so unterschiedlich sind, dass eine »starre« Forderung bzw. Arbeitszeitverkürzung auf keinerlei Akzeptanz trafe. Längst seien »die Überlebenden der Krise zum arbeitszeitpolitischen business as usual« (Lehndorff, in: Schwitzer u.a. 2010, S. 40) zurückgekehrt, wovor Lehndorff noch im August 2010 gewarnt hatte. Attac, Memogruppe und ver.di machen dagegen deutlich, dass mit diesem Vorgehen ein dauerhafter Ausschluss der Erwerbslosen vorprogrammiert ist. Schon ist in diesem Zusammenhang von »exklusiver Solidarität« die Rede: Diejenigen, die einen Job haben, verteidigen ihn gegen die »überflüssigen« Erwerbslosen.

Kritisch angemerkt wurde darüber hinaus, dass

- Arbeitszeitverkürzung plus zusätzlicher öffentlicher Beschäftigung nicht ausreichte, um Massenarbeitslosigkeit zu überwinden;
- die abnehmende Tarifbindung in vielen Branchen, Regionen und Beschäftigtengruppen ungenügend gewürdigt werde;
- die Beschäftigten an Zeitsouveränität interessiert seien, nicht an der Verkürzung der Arbeitszeit; insgesamt müssten die Interessen der Beschäftigten Ausgangspunkt der Forderungen sein;
- die sozialen Akteure und Prozesse für die notwendige gesellschaftliche Bewegung nicht benannt seien, ihre unterschiedlichen Interessenlagen nicht analysiert würden.

Lehndorffs Fazit aus den Einwänden lautete: »Es ist wirklich nicht einfach, ein solches ›Manifest‹ zu schreiben. Wenn ich wüsste, wie es richtig zu machen ist, hätte ich es schon längst selber geschrieben. Der vorliegende Text atmet den Geist, dass endlich eine Wahrheit ausgesprochen wird, nach der ganz viele Menschen ›lechzen‹. Ich dagegen meine, dass wir zur Zeit bestenfalls einen Suchprozess anstoßen können und deshalb bereits die Entstehung eines derartigen Dokuments die Organisation von breiteren und auch kontroversen Diskussionen voraussetzt. Dies in Gang zu bringen wäre schon schwierig genug.«

Vor allem Frauen machten sich in der Debatte dafür stark, nicht nur ökonomisch zu argumentieren, sondern mehr als bisher die gesellschaftliche Dimension von Arbeitszeit zu thematisieren. Nur durch eine Reduzierung der Last von Erwerbsarbeit könnten Menschen sich persönlich entfalten und in die gesellschaftlichen Debatten einbringen, demokratische Veränderungen gestalten. Mehr als bisher sind auch die ökologischen Probleme des vorherrschenden Wachstums- und Arbeitsmodells zu thematisieren. Hier gibt es Anknüpfungspunkte für viele Menschen, denen »Arbeitszeitverkürzung« an sich fremd, zu wenig und zu abstrakt ist – für notwendige Bündnisse von großer Bedeutung. Anhand der nicht neuen Frage, »ob wir leben, um zu arbeiten, oder ob wir arbeiten, um zu leben«, können darüber hinaus die Ideologie vom »Arbeitskraftunternehmer« und der verlogene Arbeitsfetischismus hinterfragt werden. Wenn es also um ein solches gesellschaftliches Projekt geht, ist es nicht nur die Aufgabe gewerkschaftlicher Tarifpolitik, dieses Problem einer Lösung zuzuführen. Doch ohne Gewerkschaften geht es auch nicht.

Die Offenheit von ver.di für dieses Projekt hängt damit zusammen, dass auf vielen Ebenen, zuletzt in der Druckindustrie, vehement gegen tarifliche Arbeitszeitverlängerung gekämpft wird. Die Zurückhaltung der IG Metall hingegen geht auf die seit vielen Jahren zu beobachtende Tendenz der Verbetrieblichung der Arbeitszeitpolitik und den Pforzheimer Tarifabschluss zurück. Letzterer ermöglicht ein Abweichen vom Tarifvertrag mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien, wodurch die Verbetrieblichung also einen vereinbarten

Rahmen gefunden hat. Hubert Dünneleier von der IG Metall aus Baden-Württemberg schreibt: »Im Dezember 2008 hatten wir 250 Pforzheim-Vereinbarungen geschlossen. Über diese Verträge haben wir für über 300000 Beschäftigte betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen und Standorte gesichert. (...) Für die Beschäftigungssicherung hat die IG Metall materielle Zugeständnisse gemacht. Diese bedeuten für die Mitglieder Einkommenseinbußen oder eine verlängerte Arbeitszeit ohne Entgeltausgleich. In 80 Prozent aller Vereinbarungen wurde die Arbeitszeit verlängert.« (In: Schwitzer u.a. 2010, S. 98) In diesen Zahlen noch nicht enthalten ist Volkswagen, wo die berühmte 30-Stunden-Woche ohne Ausgleich des Monatsentgeltes auf tarifliche 34 Stunden verlängert wurde. Die Verantwortung der IG Metall zeigt sich in der Tatsache, dass die Arbeitszeitverlängerungen in der Metallindustrie über dem Durchschnitt liegen (vgl. Lehdorff, in: Schwitzer u.a. 2010, S. 45).

Auf ihrem Gewerkschaftstag 2007 hatte die IG Metall beschlossen, die Debatte über Arbeitszeitpolitik wieder aufzunehmen. Ansätze dazu finden sich in solchen Projekten wie »Gute Arbeit« und in Debatten zum »Kurswechsel« und zur »Wirtschaftsdemokratie«, ein gemeinsamer Nenner, eine zusammenführende Klammer, ein Konzept ist aber bisher nicht erkennbar.

Die Kontroverse zwischen makroökonomisch richtigen Erkenntnissen und daraus abgeleiteten Erfordernissen einerseits und betrieblichen, das Massenbewusstsein prägenden Realitäten andererseits veranlasste Norbert Reuter aus der ver.di-Wirtschaftsabteilung zu dem Vorschlag, eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen Maschinisten und Steuerleuten zu verabreden, um den »Dampfer Arbeitszeitpolitik« nach 20 Jahren Stillstand wieder flott zu machen, in Fahrt zu bringen und in vermintem Gelände auf Kurs zu halten – dabei aber die demokratische Beteiligung der Besatzung nicht zu vernachlässigen. Die InitiatorInnen der Konferenz haben angekündigt, diese Initiative durch regionale Konferenzen, durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit fortzusetzen und durch ein Aufgreifen der Debatte um die EU-Arbeitszeitrichtlinie zu internationalisieren.

* Stephan Krull ist Mitglied des Vorstandes der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen und war bis 2006 Betriebsrat bei Volkswagen in Wolfsburg.

Das nächste Treffen der Initiative »Arbeitszeitverkürzung jetzt« ist am 1. September in Bremen.

Literatur:

Helga Schwitzer u.a. (Hg.): »Zeit, dass wir was drehen«, Hamburg, August 2010

Heinz-J. Bontrup / Mohssen Massarrat: »Manifest zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit – Arbeitszeitverkürzung und Ausbau der öffentlichen Beschäftigung jetzt!«

Online unter: www.alternative-wirtschaftspolitik.de

*erschienen im express, Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, 7/11
express im Netz unter: www.express-afp.info, www.labournet.de/express*